

Schäuble, Wolfgang

Article

Deutschlands zweite Chance: Geschichte, Stand und Perspektiven der Deutschen Einheit: Rede anlässlich der Tagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute am 23. April 2009 in Berlin

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schäuble, Wolfgang (2009) : Deutschlands zweite Chance: Geschichte, Stand und Perspektiven der Deutschen Einheit: Rede anlässlich der Tagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute am 23. April 2009 in Berlin, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 1861-1559, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 78, Iss. 2, pp. 8-17, <https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.8>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/99554>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutschlands zweite Chance – Geschichte, Stand und Perspektiven der Deutschen Einheit

Rede anlässlich der Tagung der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute
am 23. April 2009 in Berlin

von Wolfgang Schäuble

1

Jeder Rückblick ist nicht nur eine akademische, sondern auch eine eminent politische Frage. Wenn von Politikern ungelenke Versuche gemacht werden, sich vor dem ehemaligen SED-Staat zu verbeugen, dann sieht man, welche politische Brisanz nach wie vor in der Auseinandersetzung um die DDR steckt. Deswegen möchte ich gleich am Anfang ein paar Sätze zitieren, die der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen vor 15 Jahren beschlossen hat, als er 1994 den Bericht der ersten Enquête-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur entgegengenommen hat. Der Bundestag hat unter anderem festgestellt:

„Der SED-Staat war eine Diktatur. Er war dies nicht durch Fehlentwicklung oder individuellen Machtmissbrauch, sondern von seinen ideologischen und historischen Grundlagen her. [...] Die politisch-moralische Verurteilung der SED-Diktatur bedeutet keine Verurteilung der ihr unterworfenen Menschen, im Gegenteil. Die Deutschen in der SBZ/DDR haben den schwereren Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte zu tragen gehabt.“

Diese Entschließung sagt vor allem, dass die Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR sich ihren Staat nicht ausgesucht haben. Wäre es nach ihnen gegangen, hätten wir keine deutsche Teilung bekommen, keine Ein-Parteien-Diktatur, keine Stasi, keine Mauer und keine Zentralverwaltungswirtschaft. Dass es dazu kam, folgte aus dem Willen der östlichen Besatzungsmacht, und so musste sich ein Teil der Deutschen 40 Jahre lang abermals in einer Diktatur einrichten. Und diese Diktatur ließ sich nicht beseitigen – auch nicht durch ökonomische Entwicklungen. Die DDR ist nicht ökonomisch zusammengebrochen. Sie ließ sich nicht beseitigen, solange die Sowjetunion sie mit allen Mitteln stützte – das war die Lehre des 17. Juni 1953. Man konnte nach dem Mauerbau auch nicht einmal mehr davonlaufen, oder nur unter Lebensgefahr und Belastung für die zurückbleibenden Angehörigen. So blieb nichts anderes übrig, als das eigene Leben unter den Bedingungen, die man hatte, so gut es ging zu gestalten. Als die Rahmenbedingungen sich Ende der 80er Jahre wandelten, haben die Menschen in der DDR die Diktatur gestürzt und ihre Freiheit erkämpft.

Sie haben damit den Weg zur Wiedergewinnung unserer nationalen Einheit eröffnet und ihn mit dem Beitrittsbeschluss der Volkskammer vom 23. August 1990 beschritten. Auch das zur Erinnerung: Es war nicht so, dass man den Menschen in der DDR die Ordnung des Grundgesetzes übergestülpt hätte. Sie haben sich einfach in ihrer Mehrheit dafür entschieden, dass sie diese und keine andere Ordnung wollten, und sind dem Grundgesetz beigetreten.

Das war die erste wirklich erfolgreiche Revolution in der deutschen Geschichte. Und sie war friedlich und unblutig – sie konnte auch nur friedlich und unblutig erfolgreich sein. Ebenso wie die Errichtung der freiheitlichen demokratischen Ordnung nach dem Kriege in Westdeutschland ist sie grundlegend für die heutige Bundesrepublik Deutschland. Sie muss Teil unserer kollektiven Erinnerung und unseres historisch-politischen Selbstverständnisses in ganz Deutschland bleiben.

2

Ich weiß nicht, ob es gerade für uns Deutsche charakteristisch oder ob es eher allgemein menschlich ist, dass man für das Mangelhafte oder Fehlende einen schärferen Blick als für das Gelungene und Erreichte hat. Jedenfalls ist es wohl so, dass beim Einigungsprozess und beim Aufbau Ost inzwischen in der Öffentlichkeit eine eher kritische Betrachtung überwiegt. Darin spiegelt sich natürlich die Tatsache wider, dass die meisten vor 20 Jahren die Probleme der Transformation in den neuen Ländern nicht in ihrem vollen Gewicht erkannt und mit einem schnelleren Tempo der Angleichung gerechnet haben. Heute wird allerdings häufig die umgekehrte Frage gestellt, ob 1990 nicht alles viel zu schnell gegangen sei und ob es nicht für die wirtschaftliche Umgestaltung besser gewesen wäre, wenn die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion nicht schlagartig, sondern als Ergebnis eines längeren Anpassungsprozesses eingeführt worden wäre. Deshalb scheint mir notwendig, an die damalige Ereignisfolge mit ihrer ungeheuren Dynamik und an die wirtschaftliche Ausgangslage zu erinnern.

Die Revolution, die sich in der DDR und im Ostteil Berlins vom September 1989 an vollzog und die in der deutschen Wiedervereinigung im Oktober 1990 ihren Abschluss fand, hatte in ihrer Unwiderstehlichkeit etwas von einem Naturereignis an sich. Das Tempo wurde nicht von der Politik gemacht, sondern von den Demonstranten auf den Straßen. Die Ereigniskette kam – nach den vorangegangenen Entwicklungen insbesondere in Polen – Anfang Mai 1989 allmählich in Gang, als die Ungarn begannen, die Grenzbefestigungen abzubauen, und als in der DDR erstmals Bürger eine Wahlauszählung überwachten und dabei massive Fälschungen feststellten. Die Menschen, die gehofft hatten, Gorbatschows neue Politik werde auch zu Reformen in der DDR führen, fühlten sich umso heftiger enttäuscht. So wuchs der Druck der Ausreisewilligen; gleichzeitig begannen die Menschen in der DDR, zunächst noch zögerlich, zu demonstrieren. Erst Ende September 1989 nahmen die Demonstrationen Massencharakter an. Am 9. Oktober 1989 unterblieb die in Leipzig vorbereitete Niederschlagung der Demonstration. Die versammelten Polizei- und Sicherheitskräfte schienen zu schwach und die Risiken eines gewaltsamen Niederschlagens zu hoch angesichts der unerwartet großen Menschenmenge von 70 000, die sich an beiden folgenden Montagen noch zweimal verdoppelte.

Die Angst vor dem Regime fiel von den Menschen ab; die Demonstrationen in der ganzen DDR verstärkten sich: Gleichzeitig wurde deutlich, dass die sowjetischen Truppen, anders als 1953, nicht zugunsten des Regimes eingreifen würden. Gorbatschow hielt offenbar ein, was er mit dem Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan und mit der Aufkündigung der Breschnew-Doktrin versprochen hatte. Und so beschleunigte sich der Absturz: 18. Oktober Rücktritt Honeckers, sieben Wochen später Rücktritt seines Nachfolgers Krenz, dazwischen Rücktritt der Regierung Stoph. Und am 9. November, in einer Mischung aus Handlungswillen und Desorganisation, die missverständliche Ankündigung einer neuen Reiseregelung, die von den Menschen als Öffnung der Mauer gedeutet und dann an den Innerberliner Grenzübergängen erzwungen wurde.

Nun war überhaupt kein Halten mehr. Die Menschen erkannten, dass mehr möglich war als nur eine Reform im System, eine „Wende“, wie Krenz sie nannte. Der Forderung nach Freiheit – „Wir sind das Volk!“ – folgte schnell der Ruf „Wir sind ein Volk“. Damit war die Deutsche Einheit auf der Tagesordnung – „Deutschland einig Vaterland!“. Schon Anfang November hatte die Bundesregierung die Forderungen der Demonstranten aufgegriffen und der Regierung in Ost-Berlin auf deren Frage hin mitgeteilt, dass die erbetene umfassende wirtschaftliche Hilfe nur nach einer Systemänderung möglich wäre: Verzicht auf das Machtmonopol der SED, freie Wahlen. Und am 28. November hat Bundeskanzler Kohl das Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas verkündet, mit dem die deutsche Einheit auch auf die internationale Agenda gesetzt wurde. Bei seinem Besuch in Dresden knapp vier Wochen später zeigte der Jubel von hunderttausenden Menschen, dass mit diesem Programm die Wünsche der Menschen in der DDR Ausdruck und politische Form bekommen hatten.

So kam die dritte Stufe der Ereignisse und eine nochmalige Beschleunigung. Anfang 1990 zeigte sich, dass auch die neuernannte Regierung Modrow kein Vertrauen gewinnen und die Lage nicht stabilisieren konnte. Die Macht verfiel. Der Übersiedlerstrom in den Westen hielt unvermindert an: Von Mauerfall bis Jahresende 300 000 Menschen, von Anfang 1990 bis zum 18. März 1990 täglich knapp 2 000. Die freien Volkskammerwahlen mussten um zwei Monate vorgezogen werden, damit überhaupt eine handlungsfähige Regierung zustande kam. In dieser Wahlentscheidung votierte eine ganz klare, überwältigende Mehrheit der Menschen in der DDR für den schnellen und unkomplizierten Weg zur Deutschen Einheit, den des Beitritts nach Artikel 23 GG.

Die internationale Situation war in diesem Augenblick günstig. Niemand im In- und Ausland sah eine realistische Alternative zur Wiedervereinigung, obwohl sie mancher herzlich gerne gesehen hätte. Der entscheidende Grund, weswegen es keine Alternative gab, war der Übersiedlerstrom. Kohl hat das einmal Gorbatschow im Kanzlerbungalow bei einem Treffen beschrieben, indem er gesagt hat:

„Herr Generalsekretär, so wie Sie die Fluten des Rheins nicht aufhalten können, so ist es auch mit dem Strom der Übersiedler. Sie können die Geschichte nicht aufhalten.“

Günstig in der internationalen Konstellation war, dass die USA rückhaltlos die Selbstbestimmung der Deutschen begrüßten und unterstützten, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Grenzen in Europa darüber hinaus unverändert blieben und Deutschland europäisch und atlantisch eingebunden blieb. Und Gorbatschow war einsichtig genug, diese Entwicklung nicht mit Gewalt zu stoppen, und er hatte – noch jedenfalls; niemand konnte

sagen, wie lange – die Macht, seine Zustimmung zur deutschen Einheit in Moskau durchzusetzen. Ein paar Monate später hat er diese Macht nicht mehr gehabt. In dieser Situation konnte verantwortungsvolle deutsche Politik nur darin bestehen, die Chance zu nutzen, solange das *Window of Opportunity* offen stand und das mögliche Ergebnis nicht durch Zögern zu gefährden. Alles andere als entschlossen die Möglichkeit zu Einheit in Freiheit zu ergreifen, wäre geradezu pflichtvergessen gewesen. Und es hätte dem Grundgesetz nicht entsprochen, in dessen Präambel der Wiedervereinigungsauftrag ja enthalten war.

3

Aber hätte man nicht wenigstens den wirtschaftlichen Anpassungsprozess langsamer und schrittweise vollziehen können? Es wurde heute schon gesagt, dass in der Literatur bis heute kein realistischer Weg als Alternative aufgezeigt worden ist.

Man muss rekapitulieren, was gelegentlich vergessen oder auch in polemischer Absicht falsch dargestellt wird: Die Lage der Wirtschaft in der DDR war miserabel. Sie war das Ergebnis von 40 Jahren realem Sozialismus. Die meisten DDR-Betriebe waren durch die mangelnde Erneuerung über die Jahrzehnte in einem desolaten Zustand, die Maschinenparks veraltet oder verschlissen. Das gleiche gilt für Bauten, Verkehrsinfrastruktur, Kommunikation. Die Produktivität der Betriebe lag bei 25–30 Prozent des westdeutschen Niveaus. Viele Produkte waren nur in der DDR selbst oder im RGW-Handel absetzbar und wurden unverkäuflich, wenn sie sich im Binnenhandel wie im Export der Konkurrenz auf dem freien Markt stellen mussten.

Die systembedingten Mängel der Zentralverwaltungswirtschaft wurden in den 80er Jahren noch durch aktuelle Zuspitzungen verschärft: Die Sowjetunion, unter denselben Systemmängeln leidend und durch einen riesigen Verwaltungs-, Partei- und Sicherheitsapparat sowie durch hohe Militärausgaben belastet, konnte sich die Subventionierung ihrer Klientelstaaten durch billige Rohstofflieferungen nicht länger leisten und reduzierte insbesondere die preisbegünstigten Erdöllieferungen in die DDR, die ihrerseits in ihren Außenhandelsgeschäften stark auf Devisenerlöse aus Erdölproduktion angewiesen war. In der Folge erhöhte sich die Verschuldung der DDR; gleichzeitig unterblieben noch mehr die notwendigen Investitionen und Modernisierungen. Als Planungschef Schürer dem neuen Generalsekretär Krenz im Oktober 1989 eine Bilanz der wirtschaftlichen Situation vorlegte, stellte er fest, dass die DDR am Rande der Zahlungsunfähigkeit stehe und dass ein bloßes Festschreiben – nicht Zurückführen – der Westverschuldung eine Reduzierung des Lebensstandards um 25 Prozent bedeuten und damit die DDR unregierbar machen würde.

Das war die Ausgangslage. Sie hat die bundesdeutsche Öffentlichkeit in dieser Dramatik überrascht. In den Jahren zuvor hatten viele – wenngleich nicht alle – Forschungsinstitute ein wesentlich weniger katastrophales Bild von der wirtschaftlichen Lage in der DDR gezeichnet. Hinzu kommt, was zum Teil hoch angesehene Journalisten aus der Bundesrepublik von ihren Reiseerlebnissen aus der DDR berichtet haben. Einer der bedeutendsten Journalisten unserer Nachkriegsgeschichte hat zum Beispiel darüber berichtet, dass die Menschen in der DDR ihrem Staatsratsvorsitzenden eine „stille Verehrung“ entgegenbrächten. Die DDR galt als der zehntgrößte Industriestaat, auch wenn das statistisch nicht so genau belegt war.

Auch die Bilanz der Treuhand macht deutlich, dass die Vorstellungen, die Politik und Öffentlichkeit in beiden Teilen Deutschlands über den Zustand der DDR-Wirtschaft hatten, die Realität nicht voll erfassten. Im Mai 1990 hatte das DDR-Wirtschaftsministerium eine Rentabilitätsprognose erstellt, nach der von bisher 2 200 zentral geleiteten DDR-Betrieben rund ein Drittel als rentabel galten, rund 40 Prozent als sanierungswürdig und gut ein Viertel als konkursgefährdet. Demnach werde sich der Arbeitskräfteabbau bis Ende 1990 auf knapp 100 000 Stellen beziffern. Noch im Oktober 1990 rechnete man mit Privatisierungserlösen der Treuhand in Höhe von 600 Milliarden DM. Bei der Diskussion über das Umtauschverhältnis von Mark der DDR in D-Mark gingen alle Beteiligten – darunter auch die Spitzen der Bundesbank – davon aus, dass am Ende der Treuhand ein Positivsaldo stehen würde, und wir haben über Anteilscheine gesprochen, mit deren Hilfe ein Teil der erwarteten Gewinne an die Menschen in der DDR ausgeschüttet werden sollten. Das tatsächliche Ergebnis der Treuhand war am Ende ein Defizit von 230 Milliarden DM.

Die Währungsunion an das Ende, nicht an den Anfang eines wirtschaftlichen Angleichungsprozesses zu stellen, wäre theoretisch wohl ein richtiger Weg gewesen, aber er war nicht gangbar. In der Situation des Frühjahres und Sommers 1990 war es notwendig, den Menschen in der DDR eine glaubhafte Perspektive und das Vertrauen zu geben, dass sich auch ihr Lebensstandard entsprechend bessern würde. „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehn wir zu ihr“ – dieser Sprechchor gab wieder, was die Menschen in der DDR damals erhofften und erwarteten und auch, womit zu rechnen war, wenn ihre Erwartungen enttäuscht würden. Der Strom der Übersiedler war die Triebkraft, die die Entwicklung vorantrieb und die Verantwortlichen in der Europäischen Familie wie in der Sowjetunion überzeugte. Der Kanzlerkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, hatte die Forderung nach Abschaffung des Aufnahmeverfahrens schon im November 1989 erhoben und bekam dafür viel Zustimmung, in der Öffentlichkeit und auch in meiner Partei. Die meisten hatten erwartet, dass nach dem 18. März 1990, dem Tag der Volkskammerwahl, das Aufnahmeverfahren beendet würde. Ich wäre in diesem Fall zurückgetreten, weil ich überzeugt war, dass wir damit die Chance der Deutschen Einheit verspielt hätten und weil ich überzeugt war, dass es dem Grundgesetz nicht entsprochen hätte und eine verheerende Entscheidung gewesen wäre, die Freizügigkeit ausgerechnet in diesem Moment einzuschränken. Deswegen gab es nur die Alternative, den Übersiedlerstrom einzudämmen, nämlich die Währungsreform zu versprechen. Tatsächlich ging der Übersiedlerstrom schlagartig zurück, sobald die Koalitionsführung am 20. März die Einführung der Währungsunion zum 1. Juli 1990 beschlossen und verkündet hatte.

Der Widerspruch zwischen Wirtschaftsstatistiken und der Realität in der Wahrnehmung der Menschen zeigt sich – ganz ähnlich wie in der Frage der ökonomischen Leistungsfähigkeit der DDR – auch in der Diskussion um das Umtauschverhältnis. Ein Umtauschkurs von generell 2 zu 1, wie er damals in der Diskussion war, hätte unter anderem bedeutet, dass in der DDR der Durchschnittslohn von 854 Ostmark monatlich auf knapp über 400 D-Mark gesunken wäre, also weniger als 20 Prozent des durchschnittlichen Westlohns – eine Vorstellung, die die politische Unrealisierbarkeit offenkundig werden lässt. Umgekehrt sei daran erinnert, dass der Umtauschkurs von Mark der DDR in D-Mark in Zeiten der Teilung irgendwo zwischen 1 zu 4 oder 1 zu 10 lag – der DDR-Kurs 1 zu 1 war so unrealistisch und marktfern, dass man die Institution des Zwangsumtausches für Reisen in die DDR erfunden hatte.

Im Übrigen war ohnedies klar, dass für Renten und Löhne die Frage des Umtauschkurses im Grunde völlig irrelevant war. Worum es ging, war eine allmähliche, wirtschaftlich gerade noch vertretbare Annäherung an das westdeutsche Niveau. Deshalb war es auch ein Vertrag über eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, der am 1. Juli 1990 in Kraft getreten ist. In ihm wurde als Umtauschverhältnis 1 zu 1 für laufende Zahlungen, auf 2 zu 1 für alle Verbindlichkeiten der DDR und abgestuft zwischen 1 zu 1, 2 zu 1 und 3 zu 1 für alle Guthaben der DDR, je nach Höhe und Alter des Eigentümers. Alles in allem ergab das am Ende im Durchschnitt einen Umtauschkurs von rund 1,8 zu 1.

Die Umstellung, der zufolge die Betriebe Löhne und Gehälter in bisheriger Höhe in D-Mark auszuzahlen hatten, zeigte nun, dass weit mehr Betriebe als zunächst erwartet nicht in der Lage waren, diese Mittel durch konkurrenzfähige Produkte zu erwirtschaften. Die Produktion des Trabi – das hatte schon symbolische Bedeutung – wurde entsprechend zum 1. Juli 1990, dem Tag der Währungsunion, eingestellt. Westprodukte waren einfach mehr angesehen bei den Verbrauchern. Dieser Modernisierungsschock und auch das Wegbrechen des bisher funktionierenden Inner-RGW-Marktes einschließlich der Sowjetunion führten dazu, dass die industrielle Produktion bis 1991 auf knapp ein Drittel und das Bruttoinlandsprodukt auf unter 60 Prozent der Ausgangslage sank; die Zahl der Beschäftigten ging um mehr als ein Drittel zurück. Vom zweiten Halbjahr 1991 an hat die Entwicklung dann einen positiveren Verlauf genommen.

Aber der Modernisierungsschock war unvermeidlich. Er war begründet durch die Rückständigkeit und Ineffizienz der DDR-Wirtschaft, und es gab ihn ähnlich in allen Transformationsstaaten des ehemaligen Ostblocks, wo in den meisten Ländern der Lebensstandard über Jahre hinweg deutlich abgesunken ist gegenüber der Zeit vor 1989/90 – was in der DDR aufgrund der Transferzahlungen aus der Bundesrepublik nicht der Fall gewesen ist.

4

Der Aufbau Ost war und ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Im Kern ist er eine Fortführung der gesamtdeutschen Kriegsfolgenbeseitigung. Die Solidarität der Deutschen im Westen ist notwendig: Die Deutschen im Osten haben über vier Jahrzehnte den schwereren Teil unserer Nachkriegsgeschichte zu tragen gehabt. Das wissen im Grunde auch alle, und deswegen wird diese Solidarität – trotz gelegentlicher Debatten über den Solidaritätszuschlag – im Wesentlichen ohne nennenswerten Widerspruch ausgeübt. Man muss hinzufügen: Die Transformation in den neuen Ländern erfordert von den Menschen, die dort leben, viel höhere Anpassungsleistungen als von den Menschen in den alten Bundesländern. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Alltag hat sich in den neuen Ländern komplett verändert; Kompetenzen, die im alten System gebraucht wurden, waren über Nacht wertlos; die meisten Berufsbiographien wurden unterbrochen oder gerieten auf neue Gleise. Die erheblichen Anpassungsleistungen, die die Deutschen in den neuen Ländern erbracht haben und noch erbringen, wiegen nach meiner festen Überzeugung immer noch schwerer als die Solidarleistungen ihrer Landsleute im Westen. Aber beide zusammen bilden das Aufbauwerk, auf das wir gemeinsam stolz sein können.

Der Strukturwandel in den neuen Ländern ist in den 90er Jahren, wenngleich unter hohen Aufwendungen, vorangekommen; es gab einen massiven Modernisierungsschub. Die Treuhand hat von den mehr als 12 000 Unternehmen, die aus den ehemaligen Kombinaten

hervorgegangen waren, rund 30 Prozent stillgelegt, 54 Prozent privatisiert, 13 Prozent an Alteigentümer zurückgegeben und knapp 3 Prozent in kommunale Trägerschaft überführt. Die Privatisierung war häufig erst nach vorheriger Sanierung möglich, mit der Folge des erwähnten Defizits der Treuhand, das aus öffentlichen Mitteln ausgeglichen werden musste. Die Förderung des Aufbau Ost, unter anderem mit Investitionshilfen, Innovationsförderung, Förderung der Infrastruktur, flankiert durch hohe Sozialaufwendungen, wird in der Literatur auf insgesamt rund 1,4 Billionen Euro netto von 1990 bis 2006 veranschlagt. Seit 1990 gab es mehr als 250 Milliarden Euro direkte Aufbauhilfe; weitere 156 Milliarden Euro hat die Bundesregierung mit dem Solidarpakt II für den Zeitraum 2005 bis 2019 zugesagt.

Es vollzog sich in den ersten Jahren ein schneller Aufholprozess mit Wachstumsraten von jährlich rund acht Prozent. Aber ab Mitte der 90er Jahre verlangsamte er sich und eine Zeitlang stagnierte er. Das BIP je Einwohner wuchs von rund 40 Prozent des westdeutschen Standards auf zwei Drittel in 1996, dann bis 2005 nur noch langsam auf drei Viertel. Per Saldo – Anmeldungen minus Abmeldungen – wurden in den neuen Ländern von 1990 bis 2005 über 850 000 neue Unternehmen gegründet. Die Haushaltsnettoeinkommen stiegen auf rund 80 Prozent des westdeutschen Niveaus. Und es ist nicht nur am Rande auch an eine Verbesserung der Situation der Rentner zu denken. In der DDR gehörten sie zu den Verlierern der Gesellschaft; die Grundversorgung lag 1988 bei 37 Prozent der ohnehin niedrigen Bruttoeinkommen; knapp die Hälfte der Rentnerhaushalte lebten an oder unter der Armutsgrenze. Für sie wurde im vereinten Deutschland das Eckrentenniveau auf 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoverdienstes angehoben. Wegen der in der DDR üblichen Vollerwerbstätigkeit beider Ehepartner hatten Rentnerehepaare Mitte der 90er Jahre in den neuen Ländern teilweise höhere Rentenbezüge als solche in den alten.

Betrachtet man als besonders guten Indikator für den subjektiven Lebensstandard die Versorgung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern wie PKWs, Telefone – in der DDR noch ein seltener Luxusartikel – Farbfernseher, Waschmaschinen, Videorekorder etc., sieht man inzwischen kaum noch Unterschiede zwischen Ost und West. Und wenn man mit offenen Augen durch die Straßen in den neuen Ländern geht oder mit Bahn oder Auto unterwegs ist, dann hat man den Fortschritt unmittelbar vor Augen. Man muss sich daran erinnern, wie es vor 20 Jahren aussah: die maroden Häuserfassaden, übrigens auch in Ost-Berlin, die zum Teil zerfallenden Innenstädte – denken Sie an Halberstadt oder Greifswald –, die holprigen Autobahnen und die Bahnlinien mit ihren vielen Langsamfahrstrecken, die Haufen von Braunkohlenbriketts oder gar Rohbraunkohle, die bei Winterbeginn vor den Häusern lagen und in den Folgemonaten die Luft mit dem typischen Braunkohlerauch verdickten. Man sollte es nicht wirklich bestreiten: An vielen Orten sind die vielbespöttelten „blühenden Landschaften“ tatsächlich zu sehen. Für mich am eindrucksvollsten ist die Veränderung in der Steigerung der durchschnittlichen Lebenserwartung zusammenzufassen. Sie stieg von 1991 bis 2007 in den neuen Bundesländern von 69,75 auf 75,80 Jahre bei männlichen und von 75,81 auf 82,02 Jahre bei weiblichen Personen. Darin drücken sich aus: rückläufige Umweltbelastungen, leistungsfähige Gesundheitsversorgung, bessere Ernährung und viele andere Elemente, die sich in dem Begriff „Lebensqualität“ zusammenfassen lassen.

Aber man muss auch sagen: Die selbsttragende Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern haben wir immer noch nicht ganz erreicht, auch wenn in den letzten Jahren bis 2008 der Angleichungsprozess wieder an Fahrt gewonnen hat. Seit 2000 ist die industrielle Wert-

schöpfung in den neuen Ländern um 44 Prozent gestiegen. Es bilden sich auch allmählich regionale Wachstumskerne und neue Schwerpunkte, wie „Silicon Saxony“, die Mikroelektronik in Dresden, oder „Solar Valley“ im Dreieck Thüringen / Sachsen / Sachsen-Anhalt; jede sechste weltweit produzierte Solarzelle kommt von dort. Der Aufschwung lag 2007 im industriellen Bereich mit 9,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr wieder deutlich höher als in den alten Ländern, und die Wirtschaft wuchs um 2,2 Prozent. Dies schlug sich auch in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit nieder: Sie lag 2007 bei einer Million und erreichte 2008 den niedrigsten Stand seit 1991, war damit allerdings prozentual immer noch doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Die Gefahren, die aus der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise erwachsen, gefährden auch die Aufbauenerfolge in den neuen Ländern und führen wieder zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Das alles wissen wir. Aber es könnte sich für die neuen Länder als Vorteil erweisen, dass sich dort überwiegend keine großen, sondern mittelständische Strukturen entwickelt haben. Natürlich können Großbanken und Großkonzerne in der „economy of scales“ gelegentlich spektakuläre Erfolge haben. Es kann aber auch tiefere Krisen geben. Bei großen Einheiten birgt jeder Fehler das Risiko, dass er sich breiter auswirkt.

Die Vielfalt kleinerer Einheiten in den neuen Ländern kann dazu führen, dass der in diesem und im nächsten Jahr wahrscheinlich unvermeidbare Rückschlag in den neuen Ländern weniger hart spürbar sein wird als in den großen industriellen Monokulturen. Es könnte sich im Kleinen in Deutschland etwas Ähnliches vollziehen wie sich möglicherweise in dieser Krise auch global vollziehen wird: eine Neuorientierung in der relativen Bedeutung der großen Wirtschaftsböcke oder -einheiten.

5

Wir haben in Deutschland noch eine Reihe von Problemen miteinander, aber es gibt inzwischen viel mehr Probleme, die wir gemeinsam haben. Wenn wir daran denken, welche Herausforderungen wir bedingt durch die Globalisierung haben – von der Sicherheit bis zu Migration und Integration, um nur Fragen aus meinem eigenen Zuständigkeitsbereich zu nennen –, dann sind wir ihnen gemeinsam in Deutschland ausgesetzt.

Wir haben immer darauf gesetzt, dass die Einheit der Nation, das Bewusstsein, dass wir bei aller Teilung etwas Gemeinsames haben, über die Jahrzehnte der Teilung aufrechterhalten geblieben ist. Dabei haben wir 1989/90 gelernt, dass die Generationen, die Jahrzehnte in dem geteilten Deutschland gelebt haben, sich fremder geworden sind, als wir es geglaubt haben, weil wir in sehr unterschiedlichen Welten unser Leben gelebt haben. Das lässt sich nicht einfach schnell beiseite wischen. Deswegen war unsere Politik – und das hat uns die Einheit ermöglicht –, über möglichst viele persönliche Kontakte die Folgen der Teilung weniger belastend zu machen, damit die Menschen zusammenbleiben, solange wir die Teilung nicht überwinden können. Das ist uns dann am Ende doch so gelungen, dass ein hinreichendes Maß an Zusammenhalt vorhanden war und uns die Kraft gegeben hat, diese revolutionäre Entwicklung zu gestalten.

Trotz allem ist das innere Zusammenwachsen der Deutschen auf einem guten Weg. In den Umfragen des Allensbacher Instituts für Meinungsforschung antworten auf die Frage, ob die Wiedervereinigung für sie eher Grund zur Freude oder zur Sorge sei, seit Jahren die Befragten in den neuen Ländern ziemlich konstant mit 60 Prozent „Freude“, 20 Prozent „Sorge“. Im Westen ist die Relation ähnlich.

Natürlich haben sich nicht alle Hoffnungen erfüllt. Denken Sie an den Satz von Bärbel Bohley: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.“ Im Konflikt zwischen Opfern, Mitläufern und Tätern, Privilegierten und Benachteiligten gibt es nie eine befriedigende Lösung. Die Folgen einer Diktatur rechtsstaatlich zu bewältigen, belastet jede Gesellschaft, solange noch Menschen leben, die unter der Diktatur gelitten haben.

Was wir brauchen, sind vor allem drei Dinge: Erstens Zeit; inzwischen ist eine Generation herangewachsen, für die nicht mehr die Teilung, sondern die Einheit der Normalfall ist. Zweitens Geduld, auch Geduld miteinander. Niemand zwingt uns dazu, die dümmlichen Ossi-Wessi-Klischees weiterzupflegen. Drittens brauchen wir die Erfahrung gemeinsamer Problembewältigung und Erfolge, wie wir sie zum Beispiel vor zwölf Jahren beim Oderhochwasser oder vor drei Jahren bei der Fußball-WM im eigenen Lande hatten. Darin liegt auch eine Chance der gegenwärtigen Finanzkrise.

Richard Schröder hat vor einigen Jahren einen Aufsatz veröffentlicht unter dem Titel „Ich bin gern Deutscher“ – ein Bekenntnis, das manchen unserer überkommenen öffentlichen Meinungsbildner nicht so leicht über die Lippen geht. Darin fragt er: „Wann ist die deutsche Einheit vollendet?“ und nennt zwei Bedingungen:

„1. Wenn wir mit den Ost-West-Unterschieden so gelassen umgehen können wie mit den Nord-Süd-Unterschieden;

2. Wenn wir uns so aneinander gewöhnt haben, dass wir wenigstens in Umrissen eine gemeinsame Geschichte erzählen können, auch von den zurückliegenden 50 Jahren. Das wird dauern, aber wir müssen es als Aufgabe sehen und jedenfalls damit anfangen.“

Ich denke, bei der ersten Bedingung sind wir auf einem guten Wege. Das zweite ist schwieriger, wird auch Zeit brauchen. Wir haben unsere Geschichte seit 1945 nicht gemeinsam erlebt, aber sie hing eben doch vielfältig zusammen. Natürlich sind immer Betroffenheiten und Empfindlichkeiten im Spiel. Marianne Birthler hat vor kurzem wieder darauf hingewiesen, dass manche Gegensätze in Wahrheit keine Ost-West-Gegensätze sind; die sogenannte Mauer in den Köpfen verlaufe nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Menschen, die die Freiheit hochschätzen, und denen, die sie fürchten.

Im Übrigen geht es nicht nur um die Geschichte der letzten 60 Jahre. Es geht auch darum, uns bewusst zu machen, dass unsere Gemeinsamkeit tiefer fundiert ist als manchmal aus der Tagesperspektive erkennbar. Wir haben vor wenigen Wochen im Rahmen unserer Jubiläumsfeierlichkeiten mit dem Bundespräsidenten einen Festakt in der Frankfurter Paulskirche begangen, in dem wir an eine der historischen Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung erinnert haben: die erste gesamtdeutsche Verfassung, die die Nationalversammlung in der Paulskirche vor 160 Jahren beschlossen hat. Ihr Grundrechtskatalog

ist bis heute für die deutsche Verfassungsentwicklung fundamental geblieben. Die Menschen erstrebten damals ein freiheitliches – manche wollten auch ein demokratisches – und geeintes Deutschland, das friedlich in die internationale Staatenwelt einbezogen war. Unser Land hat dieses Ziel in den folgenden 140 Jahren immer nur zeit- oder teilweise verwirklicht; in der Katastrophe des Nationalsozialismus und im anschließenden Ost-West-Konflikt schien es ganz unerreichbar. Heute haben wir dieses Ziel erreicht. Erstmals in unserer Geschichte sind freiheitliche Demokratie, nationale Einheit und kooperative europäische und internationale Einbindung stabil miteinander verbunden. Das ist Grund zur Freude und zur Zuversicht. Und das ist das, was Fritz Stern in seinen „Erinnerungen“ als Deutschlands „zweite Chance“ bezeichnet hat. Wir haben sie ergriffen und wir sollten sie weiterhin in den Händen festhalten.